

Sanity Group GmbH Berlin

Bericht über die Prüfung
der Finanzaufstellung
für das Geschäftsjahr 2024

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
Sanity Group, Gesellschaft oder Mutterunternehmen	Sanity Group GmbH, Berlin
Belfry Medical	Belfry Medical GmbH, Berlin
Endosane	Endosane Pharmaceuticals GmbH, Berlin
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	IDW Prüfungsstandard
IFRS	International Financial Reporting Standards
ISA [DE]	International Standard on Auditing [DE]
Sanity Care	Sanity Care GmbH, Berlin
Sanity Science	Sanity Science GmbH, Hochheim am Main
Vayamed	Vayamed GmbH, Berlin
VESOP	Virtual Employee Stock Option Program

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsauftrag	1
2. Grundsätzliche Feststellungen	2
2.1. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	2
2.2. Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung der Finanzaufstellung und von sonstigen Regelungen	4
3. Prüfungsdurchführung	5
3.1. Gegenstand der Prüfung	5
3.2. Art und Umfang der Prüfung	5
3.3. Unabhängigkeit	7
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
4.1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
4.2. Gesamtaussage der Finanzaufstellung	8
5. Eingeschränkter Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers	9

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Anlagenverzeichnis

Finanzaufstellung

Consolidated statement of financial position as at December 31, 2024 Anlage 1

Consolidated statement of comprehensive income for the period from
January 1 to December 31, 2024 Anlage 2

Basis of Preparation Anlage 3

Anlagen des Wirtschaftsprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen Anlage 4

1. Prüfungsauftrag

Die gesetzlichen Vertreter der

Sanity Group GmbH, Berlin,

haben die RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG mit Schreiben vom 12. Dezember 2024 beauftragt, die Finanzaufstellung – bestehend aus einer konsolidierten Bilanz sowie einer Gesamtergebnisrechnung nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie ergänzenden Angaben in den Basis of Preparation (Anlage 3) der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 (im Folgenden: „Die Finanzaufstellung“) entsprechend den Grundsätzen der IDW PS 480/490 zu prüfen.

Entsprechend dem Ergebnis unserer Prüfung werden wir einen Prüfungsvermerk erteilen und auftragsgemäß über die durchgeführte Prüfung schriftlich berichten. Dieser Bericht ist an die Sanity Group GmbH, Berlin, gerichtet.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 4 beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2024 maßgebend. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend. Zu den Voraussetzungen für eine Weitergabe an Dritte verweisen wir auf Nr. 6 der Allgemeinen Auftragsbedingungen.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Als Wirtschaftsprüfer haben wir über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen zu berichten, die die Entwicklung des Konzerns wesentlich beeinträchtigen oder seinen Bestand gefährden können.

Der Konzern befindet sich auch im Geschäftsjahr 2024 und bis zum Abschluss unserer Prüfung weiterhin in der Start-Up Phase. Die Muttergesellschaft, zentrale Tochtergesellschaften und der Konzern insgesamt weisen im laufenden Jahr und im Vorjahr negative Jahresergebnisse aus. Bis zum 31. Dezember 2024 haben sich im Konzern Verluste in Höhe von EUR 89,9 Mio. (Vj. EUR 76,4 Mio.) angesammelt. Hiervon entfallen auf das Geschäftsjahr 2024 EUR 13,5 Mio. (Vj. EUR 18,3 Mio.). Diese in weiten Teilen liquiditätswirksamen Verluste sind durch bereits geleistete und vereinnahmte Eigenkapitalzuführungen der Gesellschafter gedeckt. Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31. Dezember 2024 beträgt rund EUR 9,7 Mio. (Vj. EUR 13,9 Mio.).

Zur Abdeckung von Liquiditätsengpässen bei den Konzerngesellschaften hat die Sanity Group GmbH, Berlin, (Mutterunternehmen) im Juni 2024 eine weitere Finanzierungsrunde mit dem Investor Organigram Holdings, Inc., Moncton, Kanada, erfolgreich abgeschlossen. Mittels eines in Eigenkapital wandelbaren Darlehens wurden EUR 11,5 Mio. liquiditätswirksam eingeworben. Weitere EUR 5,5 Mio. können bis Ende 2025 im Rahmen dieses Vertrages kurzfristig angefordert werden. Die Geschäftsführung geht allerdings zum Zeitpunkt der Aufstellung dieser Finanzaufstellung davon aus, dass diese Möglichkeit nicht in Anspruch genommen werden wird.

Der Konzern profitiert aktuell sehr stark von den Folgen des Inkrafttretens des Gesetzes zur Versorgung mit Cannabis zu medizinischen und medizinisch-wissenschaftlichen Zwecken (MedCanG) vom 27. März 2024 und des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (BtMG) am 1. April 2024. Seitdem fällt Cannabis nicht mehr unter das BtMG und kann seitdem auf einem Arzneimittelrezept verschrieben werden, dies auch vermehrt über telemedizinische Plattformen. In der Folge stieg der Import von Cannabis in Deutschland insgesamt stark an und auch die Sanity Group verzeichnet seitdem stark steigende Umsätze und in der Folge eine sich positiv entwickelnde Ertragslage. In den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 2025 hat die Sanity Group gemäß internem Reporting einen positiven Net Profit in Höhe von EUR 3,1 Mio. auf konsolidierter Basis erzielt. Dennoch waren aufgrund des Anstiegs des working capitals sowohl der operative Cash Flow als auch der Cash Flow insgesamt in diesem Zeitraum mit EUR 3,6 Mio. bzw. EUR 3,1 Mio. negativ, so dass sich die liquiden Mittel per Ende September 2025 auf EUR 6,6 Mio. weiter reduziert haben.

Die aktuell vorgelegt Unternehmensplanung sieht bei einer unveränderten Gesetzeslage in Deutschland für das Geschäftsjahr 2025 insgesamt einen Net Profi von EUR 4,4 Mio. und für das Geschäftsjahr 2026 von EUR 14,7 Mio. vor. Entsprechend positiv entwickelt sich gemäß Unternehmensplanung der Cash Flow im Geschäftsjahr 2026, der mit EUR 6,9 Mio. positiv sein soll, so dass sich die liquiden Mittel des Konzerns per 31. Dezember 2026 auf EUR 12,8 Mio. belaufen sollen und die Finanzierung des Konzerns somit im Prognosezeitraum hinreichend sichergestellt ist. Darüber hinaus wurde zur Finanzierung des aktuell ansteigenden Working Capitals im Oktober 2025 ein Vertrag über die Bereitstellung einer Kontokorrentlinie in Höhe von EUR 3,0 Mio. mit der UniCredit Bank GmbH, München, abgeschlossen.

Am 8. Oktober 2025 hat das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf zur Änderung des Medizinalcannabisgesetzes beschlossen. Gemäß dieses Gesetzesentwurfs sollen Medizinalcannabisblüten künftig ausschließlich nach persönlichem Kontakt zwischen Patient und Arzt und nicht mehr über telemedizinische Plattformen verschrieben werden, digitale Folgeverschreibungen sollen nur nach persönlicher Konsultation innerhalb des letzten Jahres erfolgen, und der Versandweg von Medizinalcannabisblüten soll ausgeschlossen werden. Das erklärte Ziel dieses Gesetzesentwurfes ist die Korrektur der aus Sicht des Bundesgesundheitsministeriums bestehenden „Fehlentwicklungen“ des Cannabismarktes, die durch das in 2024 verabschiedete Cannabisgesetz entstanden sein sollen. Gleichzeitig soll die Versorgung der Patientinnen und Patienten mit schwerwiegenden Erkrankungen mit Medizinalcannabis sichergestellt werden. Der Gesetzesentwurf sieht allerdings ausdrücklich nicht vor, Cannabis wieder als Betäubungsmittel zu klassifizieren. Der Kabinettsbeschluss wird derzeit im parlamentarischen Verfahren verhandelt. Regulatorische Anpassungen sind zu erwarten.

Sollte dieser Gesetzesentwurf unverändert in geltendes Recht überführt werden, halten wir eine Verringerung des Umsatzvolumens und damit einhergehend eine Verschlechterung der Ergebnis- und Liquiditätssituation der Sanity Group gegenüber der dargestellten Planung für wahrscheinlich. Die Intensität dieses Rückgangs hängt sehr stark von der konkreten Ausgestaltung des Gesetzes ab, das nach Einschätzung der Geschäftsführung der Sanity Group in seiner aktuellen Version zumindest in Teilen gegen geltendes Verfassungs- und Europarecht verstößt. Ein Rückgang der Umsätze auf ein Niveau von vor April 2024 ist hingegen nicht zu erwarten, da weder der aktuelle Gesetzesentwurf noch die aktuelle politische Diskussion die bis April 2024 geltende Klassifizierung von Cannabis als Betäubungsmittel fordert. Der zu erwartende Umsatzrückgang könnte je nach Intensität somit zu einer Entwicklungsbeeinträchtigung der Gruppe führen, da Sparmaßnahmen zur Sicherstellung der Liquidität notwendig werden würden, sofern keine alternativen externen Finanzierungsquellen gefunden werden sollten.

Dennoch hat der Geschäftsführer die positive Fortführungsprognose und seinen Fortführungswillen ausdrücklich bestätigt. Aufgrund der vorliegenden Planung und der bestehenden weiteren externen Finanzierungsmöglichkeiten ist nach Auffassung der Gesellschaft die Zahlungsfähigkeit des Mutterunternehmens sowie des Konzerns für ein weiteres Jahr ab dem Datum des eingeschränkten Prüfungsvermerks (Prognosezeitraum) mit einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit gesichert.

Uns liegen keine Erkenntnisse für Gegebenheiten vor, die ein Abweichen von der Annahme der gesetzlichen Vertreter über die Fortführung der Muttergesellschaft bzw. des Konzerns erforderlich erscheinen lassen. Bei der Bewertung für Zwecke der Finanzaufstellung wurde deshalb zutreffend von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (Going-Concern-Prämisse) ausgegangen.

2.2. Beachtung von Vorschriften zur Rechnungslegung der Finanzaufstellung und von sonstigen Regelungen

Als Wirtschaftsprüfer haben wir über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Unrichtigkeiten (entspricht falschen Darstellungen aufgrund von Irrtümern) oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften (entspricht falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen) sowie über schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Satzung (entspricht sonstigen Verstößen) zu berichten.

Wir weisen darauf hin, dass die nach § 325 HGB notwendige Offenlegung des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens für das Vorjahr sowie für das Geschäftsjahr 2022 bislang nicht, und damit nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von 12 Monaten, erfolgt ist.

3. Prüfungsdurchführung

3.1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Prüfung ist die erstellte Finanzaufstellung der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Konzernbuchführung nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, mit den in den Basis of Preparation unter Punkt B) (Anhang 3/3) genannten Ausnahmen. Diese Ausnahmen betreffen die folgenden beiden Sachverhalte:

- die Erfassung und Bewertung von latenten Steuern gemäß IAS 12 erfolgte in der vorliegenden Finanzaufstellung nicht
- die Erfassung und Bewertung von den Unternehmensgründern zugesagten Eigenkapitalinstrumenten als Gegenleistung für Ihre Geschäftsführungstätigkeit gemäß IFRS 2 wurde in der vorliegenden Finanzaufstellung nicht abgebildet. Im Übrigen wurde IFRS 2 vollständig angewendet

Die Finanzaufstellung wird zu Informationszwecken der Gesellschaft erstellt.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir beurteilt, ob die genannten einschlägigen Rechnungslegungsbestimmungen sowie, soweit einschlägig, die deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernbuchführung eingehalten worden sind.

Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie eine Stellungnahme zur Angemessenheit des Versicherungsschutzes waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Prüfung der Finanzaufstellung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf die Finanzaufstellung ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen sind nicht Gegenstand der Prüfung der Finanzaufstellung.

Die Prüfung erstreckt sich analog § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf, ob über die bilanzielle Fortführungsannahme hinaus der Fortbestand des geprüften Konzerns bzw. seines Mutterunternehmens oder ob die Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden können.

3.2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfungsarbeiten haben wir mit Unterbrechungen in unserem Büro in den Monaten Juli bis November 2025 überwiegend per Daten-Fernzugriff sowie mittels Web-Meetings durchgeführt.

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung nach Art, Umfang und Ergebnis haben wir in unserem Prüfungsprogramm und in den Arbeitspapieren festgehalten.

Prüfungsstrategie

Unsere Prüfung haben wir gemäß IDW PS 480 „Prüfung von Abschlüssen, die nach den Rechnungslegungsgrundsätzen für einen speziellen Zweck aufgestellt wurden“ sowie IDW PS 490 „Prüfung von Finanzaufstellungen oder deren Bestandteilen“ und, soweit einschlägig, unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob die Finanzaufstellung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Ausgangspunkt war die von uns geprüfte und mit einem eingeschränkten Prüfungsvermerk versehene Finanzaufstellung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Der Prüfung liegt ein risiko- und prozessorientierter Prüfungsansatz zu Grunde, der insbesondere auf Kenntnissen der Geschäftstätigkeit, einer Einschätzung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds der Unternehmensgruppe sowie auf einer Analyse der Risikofelder basiert. Hierauf aufbauend haben wir eine an den Geschäftsrisiken ausgerichtete Prüfungsstrategie entwickelt.

Ausgehend von einer Beurteilung der innewohnenden Risiken, des Kontrollumfeldes, des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie der Geschäftsprozesse des Konzerns einschließlich seiner Teilbereiche haben wir ein Risikoprofil für die Finanzaufstellung erstellt. Dabei haben wir die Ausgestaltung und Angemessenheit ausgewählter rechnungslegungsbezogener Kontrollmaßnahmen beurteilt und ggf. Funktionsprüfungen durchgeführt, um deren Wirksamkeit zu beurteilen. In Abhängigkeit von dem Grad der Wirksamkeit der internen Kontrollmaßnahmen haben wir Art und Umfang analytischer (Plausibilitätsbeurteilungen) und sonstiger einzelfallbezogener Prüfungshandlungen festgelegt. Bei Einzelfallprüfungen haben wir Nachweise in bewusster Auswahl bzw. unter Heranziehung von Stichprobenverfahren eingeholt. Dabei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet.

Unsere Prüfungsstrategie für das Berichtsjahr hat zu folgenden Prüfungsschwerpunkten geführt:

- Prüfung der Konsolidierungsbuchungen auf Vollständigkeit, inhaltliche Richtigkeit und korrekte Verbuchung
- Prüfung der Bewertung und Verbuchung der IFRS 2 Transaktionen (mit Ausnahme der in der Finanzaufstellung nicht erfassten den Unternehmensgründern zugesagten Eigenkapitalinstrumente als Gegenleistung für Ihre Geschäftsführungstätigkeit)
- Prüfung des Ansatzes und der Bewertung des Vorratsvermögens

Als Reaktion auf ein nicht in hinreichender Weise implementiertes und dokumentiertes internes Kontrollsystem im Bereich des Vorratsvermögens haben wir Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt. Hierbei haben wir Nachweise in bewusster Auswahl bzw. unter Heranziehung von Stichprobenverfahren eingeholt, um hinreichende Prüfungssicherheit zur Existenz und Bewertung des Vorratsvermögens zu erlangen.

Nachweise und eingeholte Bestätigungen Dritter

Für die in die Finanzaufstellung einbezogenen Unternehmen standen uns ungeprüfte Jahresabschlüsse dieser Unternehmen zur Verfügung.

An der Inventuraufnahme der Vorräte haben wir beobachtend teilgenommen.

Saldenbestätigungen zur Überprüfung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden im Wege der Stichprobe und der bewussten Auswahl zum Bilanzstichtag eingeholt.

Bankbestätigungen wurden eingeholt.

Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden eingeholt.

Auskünfte, Vollständigkeitserklärung

Auskünfte erteilte uns die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens sowie die uns benannten Mitarbeiter. Auskünfte erteilten uns des Weiteren die gesetzlichen Vertreter der übrigen in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen sowie die von ihnen beauftragten Mitarbeiter. Die erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns bereitwillig gegeben.

Der gesetzliche Vertreter des Mutterunternehmens hat uns die Vollständigkeit der Konzernbuchführung und der Finanzaufstellung sowie weitere erforderliche Informationen (nicht korrigierte falsche Darstellungen) in einer schriftlichen Erklärung bestätigt.

3.3. Unabhängigkeit

Wir bestätigen, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse sind die Konzernbuchführung und die weiteren geprüften Unterlagen, soweit diese die geprüfte Finanzaufstellung betreffen, ordnungsgemäß und entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

Der Konzern hat die Maßnahmen (z.B. Vier-Augen-Prinzip, Kontrollen für die Existenz und die Bewertung des Vorratsbestands und des Materialaufwands,) nach § 91 Abs. 3 AktG analog (internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem) nicht in hinreichender Weise implementiert und dokumentiert. Aufgrund unserer Feststellungen zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem haben wir unsere Prüfungshandlungen ausgeweitet, um ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise für die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu erlangen. Unsere zusätzlichen Prüfungshandlungen haben keine Hinweise ergeben, dass die genannten Sachverhalte im Ergebnis wesentliche Auswirkungen auf die Finanzaufstellung hatten.

Die Finanzaufstellung ist - in allen wesentlichen Belangen - ausgehend von den Vorjahreszahlen - und deren Ableitung aus der Konzernbuchführung und den weiteren geprüften Unterlagen (z. B. Planungsrechnungen, Verträge, Protokolle) in allen wesentlichen Belangen richtig entwickelt.

Die Finanzaufstellung wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zutreffend nach den Rechnungslegungsbestimmungen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, mit den in der Basis of Preparation genannten Ausnahmen (latente Steuer, bestimmte anteilsbasierte Vergütungen) aufgestellt.

4.2. Gesamtaussage der Finanzaufstellung

Die Finanzaufstellung wurde - mit Einschränkung der unter *Grundlage für den eingeschränkten Prüfungsvermerk zu der Finanzaufstellung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024* im eingeschränkten Prüfungsvermerk genannten Sachverhalte - in allen wesentlichen Belangen nach den Rechnungslegungsbestimmungen IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, mit den in der Basis of Preparation genannten Ausnahmen (latente Steuer, bestimmte anteilsbasierte Vergütungen) aufgestellt. Sie stellt somit keinen vollständigen Abschluss nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, dar, da elementare Bestandteile (Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Notes) nicht erstellt wurden.

5. Eingeschränkter Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

Zu der beigefügten Finanzaufstellung (Anlage 1 und 2) – bestehend aus einer konsolidierten Bilanz und einer Gesamtergebnisrechnung nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, unter Beachtung der in der Basis of Preparation (Anlage 3) genannten Ausnahmen (latente Steuern, bestimmte anteilsbasierte Vergütungen) sowie ausgenommen weiterer elementarer Bestandteile eines vollständigen Abschlusses nach IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind (Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Notes) – zum 31. Dezember 2024 erteilen wir folgenden eingeschränkten Prüfungsvermerk:

Eingeschränkter Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An die Sanity Group GmbH, Berlin

Wir haben die beigefügte Finanzaufstellung der **Sanity Group GmbH, Berlin**, – bestehend aus einer konsolidierten Bilanz und einer Gesamtergebnisrechnung nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind unter Berücksichtigung der genannten Abweichungen – für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters

Der gesetzliche Vertreter der Sanity Group GmbH, Berlin, ist verantwortlich für die Aufstellung der Finanzaufstellung. Der gesetzliche Vertreter ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung der Finanzaufstellung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Angaben ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu dieser Finanzaufstellung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung der Finanzaufstellung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Prüfung Finanzaufstellung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob die Finanzaufstellung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Die Prüfung der Finanzaufstellung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die in der Finanzaufstellung enthaltenen Wertansätze zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Angaben in der Finanzaufstellung ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung der Finanzaufstellung. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Unternehmens abzugeben. Die Prüfung der Finanzaufstellung umfasst auch die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung der Finanzaufstellung.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser eingeschränktes Prüfungsurteil zu dienen.

Eingeschränktes Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse ist die Finanzaufstellung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 mit Ausnahme der Auswirkungen der im Abschnitt „Grundlage für den eingeschränkten Prüfungsvermerk“ beschriebenen Sachverhalte in allen wesentlichen Belangen nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, mit den in den Basis of Preparation unter Punkt B) (Anhang 3/3) genannten Ausnahmen der Basis of Preparation aufgestellt.

Grundlage für den eingeschränkten Prüfungsvermerk zu der Finanzaufstellung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

Das Vorhandensein der Inventories (Vorratsvermögen) in Höhe von TEUR 5.462 zum Vorjahrestichtag 31. Dezember 2023 ist nicht hinreichend nachgewiesen, weil wir die Inventur nicht beobachten und durch alternative Prüfungshandlungen keine hinreichende Sicherheit über deren Bestand gewinnen konnten. Darüber hinaus ist die Bewertung sowohl der Inventories (Vorratsvermögen) zum Vorjahrestichtag 31. Dezember 2023 in Höhe von TEUR 5.462 als auch des usage of raw material, consumables and other inventory (Materialaufwand) in Höhe von TEUR 7.753 für die Vorjahresvergleichsperiode vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 in Folge nicht lückenlos nachweisbarer Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mit hinreichender Sicherheit möglich. Wir können daher nicht ausschließen, dass Änderungen insbesondere am Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung der Inventories, des usage of raw materials consumables and other inventory, des Jahresergebnisses sowie des Eigenkapitals zum Vorjahrestichtag 31. Dezember 2023 hätten vorgenommen werden müssen, was entsprechende Folgewirkungen auf den Ansatz, den Ausweis und die Bewertung des usage of raw materials consumables and other inventory, des Jahresergebnisses sowie des Eigenkapitals für das Geschäftsjahr 2024 hätte.

Rechnungslegungsgrundsätze sowie Weitergabe- und Verwendungsbeschränkung

Ohne unser Prüfungsurteil einzuschränken, weisen wir auf die Basis of Preparation hin, in der die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben werden. Die Finanzaufstellung wurde zu Informationszwecken der Gesellschaft aufgestellt. Folglich ist die Finanzaufstellung möglicherweise für einen anderen als den vorgenannten Zweck nicht geeignet.

Unser eingeschränkter Prüfungsvermerk ist ausschließlich für die Sanity Group GmbH, Berlin, bestimmt und darf nicht ohne unsere Zustimmung an Dritte weitergegeben und auch nicht von Dritten verwendet werden.


Hamburg, 5. November 2025



RSM Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

DocuSigned by:

450E4E67978640C...
Thomas Wulfig
Wirtschaftsprüfer

DocuSigned by:

A692FB94BA6B4E2...
Olaf Sackwitz
Wirtschaftsprüfer

Eine Verwendung des eingeschränkten Prüfungsvermerks außerhalb dieses Berichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe der Finanzaufstellung in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser eingeschränkter Prüfungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird.

Anlagen

Sanity Group GmbH, Berlin
Consolidated statement of financial position
as at December 31, 2024

BALANCE SHEET	December 31, 2024	December 31, 2023
	EUR	EUR
NON-CURRENT ASSETS:		
Property, plant & equipment	864.145	891.301
Right-of-use assets	1.742.114	2.100.789
Other intangibles	256.376	354.279
Investments in associates and joint ventures	2	0
Other financial assets - Non-current	1.158.716	544.336
TOTAL NON-CURRENT ASSETS	4.021.353	3.890.706
CURRENT ASSETS:		
Inventories	7.328.325	5.461.515
Accounts receivable	7.465.620	1.241.555
Receivables against associates and joint ventures - Current	177.340	0
Other current assets	730.617	655.673
Cash and cash equivalents	9.659.736	13.882.042
TOTAL CURRENT ASSETS	25.361.638	21.240.785
TOTAL ASSETS	29.382.991	25.131.490
EQUITY & NON-CONTROLLING INTERESTS:		
Equity	4.213.741	17.494.624
<i>Share capital</i>	82.916	82.916
<i>Additional paid-in capital</i>	94.003.442	93.806.023
<i>Other</i>	-89.872.617	-76.394.316
Non-controlling interest	-1.938	-797.998
TOTAL EQUITY & NON-CONTROLLING INTEREST	4.211.803	16.696.626
NON-CURRENT LIABILITIES:		
Derivatives - Liability - Non-current	6.769.353	0
Lease liabilities - Non-current	1.643.750	1.986.420
Other financial liabilities - Non-current	5.438.628	0
Share-based-payments	5.116.097	3.397.077
TOTAL NON-CURRENT LIABILITIES	18.967.828	5.383.497
CURRENT LIABILITIES:		
Accrued expenses - Current	2.404.494	1.021.068
Accounts payable	3.457.959	1.717.606
Lease liabilities - Current	340.907	312.693
TOTAL CURRENT LIABILITIES	6.203.360	3.051.367
TOTAL LIABILITIES, EQUITY & NON-CONTROLLING INTERESTS	29.382.991	25.131.490

Sanity Group GmbH, Berlin
Consolidated statement of comprehensive income
for the period from January 1 to December 31, 2024

INCOME STATEMENT	January 1 - December 31 2024 EUR	January 1 - December 31 2023 EUR
REVENUE	18.206.859	8.201.401
OTHER INCOME	533.266	870.538
EXPENSES:		
Usage of raw materials, consumables and other inventory	12.239.682	7.753.279
Salaries	8.375.332	7.772.349
Operating expenses	9.203.440	10.479.688
Other expenses	1.145.638	0
TOTAL EXPENSES	30.964.092	26.005.315
EBITDA	-12.223.967	-16.933.376
Depreciation & Amortisation	602.153	1.202.619
EBIT	-12.826.120	-18.135.994
INTEREST EXPENSES	1.176.381	145.116
INTEREST INCOME	-559.789	-36.008
EBT	-13.442.712	-18.245.102
INCOME TAXES	54.016	2.090
NET INCOME AFTER TAXES	-13.496.728	-18.247.192
Income attributable to non-controlling interest	0	-349.438
NET LOSS ATTRIBUTABLE TO THE SHAREHOLDERS OF THE PARENT COMPANY	-13.496.728	-17.897.753

Basis of Preparation

Consolidated Financial Statements

for the financial year ending 31 December 2024

of

Sanity Group GmbH

I. Basis of Preparation	3
A. Reporting entity	3
B. Basis of preparation	3
C. Group composition	4
C.1 Consolidation methods	4
C.2 Currency translation	5
C.3 Scope of consolidation	5
D. Accounting policies	6
D.1 Property, plant and equipment	6
D.2 Leases	7
D.3 Intangible assets	9
D.4 Inventories	10
D.5 Financial Instruments	10
D.6 Impairment of non-financial assets	13
D.7 Share capital	14
D.8 Compound financial instruments	14
D.9 Employee benefits	15
D.10 Share based payment arrangements	15
D.11 Provisions	15
D.12 Revenue from contracts with customers	16
D.13 Income tax	16
D.14 Fair value measurement	17
D.15 Government grants	17

I. Basis of Preparation

A. Reporting entity

The accompanying consolidated financial statements present the operations of the Sanity Group GmbH (the "Company") and its subsidiaries ("Sanity Group", "Sanity" or the "Group").

The Group's principal business activity is the development, marketing and distribution of pharmaceuticals, cosmetics and well-being products that contain cannabis or cannabidiol (CBD).

The Company was incorporated as of 5 April 2019 (registration number 206368) and is domiciled in Germany and has its registered office located at Jägerstraße 28-31, 10117 Berlin.

B. Basis of preparation

To date, there has been no obligation to prepare consolidated financial statements. Hence, these are the first consolidated financial statements of the Sanity Group. The individual financial statements of the group companies have been prepared in accordance with local generally accepted accounting principles (local GAAP). The consolidated financial statements have been prepared in accordance with the International Financial Reporting Standards (IFRS) and their interpretations, which are published by the International Accounting Standards Board (IASB), adopted by the European Union and applicable as at 31 December 2024, with the following exceptions:

- These consolidated financial statements comprise solely the consolidated statement of financial position and consolidated statement of profit or loss and other comprehensive income for the financial year 2024.
- The Group did not apply the recognition and measurement criteria regarding deferred taxes (IAS 12) and equity-settled share-based payment transactions relating to the Founder Vesting (IFRS 2)
- In addition, the following selected notes have been prepared, which provide a conclusive description of the basis of preparation of the consolidated financial statements
- These consolidated financial statements therefore do not represent a complete set of financial statements with all the elements or disclosures required by IFRS.

These consolidated financial statements are presented in euro, which is the Company's functional currency. All amounts have been rounded to the nearest thousand, unless otherwise indicated. The consolidated statement of comprehensive income has been drawn up pursuant to the cost of sales method.

With regard to the financial information contained in the consolidated financial statements, a dash ("–") means that the item in question is not applicable and a zero ("0") means that the respective figure has been rounded to zero.

For purposes of improved clarity, individual items are combined in the consolidated statement of financial position, in the consolidated statement of comprehensive income and in the consolidated statement of cash flows.

The financial year of Sanity Group GmbH and of its subsidiaries included in the consolidated financial statements corresponds to the calendar year.

Further, these consolidated financial statements have been prepared on the basis that the Group will continue as a going concern, which contemplates the realization of assets and the satisfaction of liabilities and commitments in the normal course of business. The Group intends to execute a growth strategy to increase their market share over the next years and therefore expects to incur operating losses. These losses will result in negative operating and investing cash flows.

C. Group composition

C.1 Consolidation methods

The consolidated financial statements comprise the financial statements of the Company and its subsidiaries as at 31 December 2024. Subsidiaries are those investees that the Group controls because the Group (i) has power to direct relevant activities of the investees that significantly affect their returns, (ii) has exposure, or rights, to variable returns from its involvement with the investees, and (iii) has the ability to use its power over the investees to affect the amount of investor's returns.

Intercompany transactions, balances and unrealized income and expenses on transactions between group companies are eliminated. The Company and all its subsidiaries use uniform accounting policies consistent with the Group's policies. The financial statements of the subsidiaries are prepared for the same reporting period as the parent company.

A change in the ownership interest of a subsidiary, without a loss of control, is accounted for as an equity transaction.

C.2 Currency translation

Foreign currency transactions

Foreign currency transactions are translated into the respective functional currencies of the Group companies using the exchange rates at the dates of the transactions.

Monetary assets and liabilities denominated in foreign currencies are translated into the functional currency at the exchange rate at the reporting date. Non-monetary assets and liabilities that are measured at fair value in a foreign currency are translated into the functional currency at the exchange rate when the fair value was determined. Non-monetary items that are measured based on historical cost in a foreign currency are translated at the exchange rate at the date of the transaction.

Foreign exchange gains and losses that relate to borrowings and cash and cash equivalents are presented in the consolidated statement of profit or loss in "Financial income" or "Financial expense". All other foreign exchange gains and losses are presented in profit or loss in "Other operating income" or "Other operating expense".

C.3 Scope of consolidation

The entities of the Sanity Group GmbH included in the consolidated financial statements are:

No.	Name	Country of incorporation / place of business	Nature of business	Shares directly held by	Ownership held by Company in %	Ownership held by Company in %
					2024	2023
Parent Company						
1	Sanity Group GmbH	Germany	Group Holding			
Subsidiaries:						
2	Vayamed GmbH ¹⁾	Germany	Operating entity	1	100%	100%
3	Sanity Care GmbH ²⁾	Germany	Operating entity	1	100%	100%
4	Sanity Care UK Ltd.	United Kingdom	Operating entity	3	100%	100%
5	CADIME B.V. ³⁾	Netherlands	Operating entity	3	100%	100%
6	Sanity Science GmbH	Germany	Operating entity	2	100%	100%
7	Endosane Pharmaceuticals GmbH ⁴⁾	Germany	Operating entity	1	29.30%	74.46%
8	Sanity Group Switzerland AG	Germany	Operating entity	1	100%	100%

1) Until 19 April 2020: Sanatio Pharma GmbH

2) Until 30 August 2020: VAAY GmbH

3) Until 8 September 2021: Sanity Care NL B.V.

4) Endosane Pharmaceuticals GmbH is accounted for as an associate starting on January 1, 2024.

Sanity Group GmbH sold 50.92 % of its shares in Endosane Pharmaceutical GmbH on 01.01.2024. Endosane Pharmaceutical GmbH has been deconsolidated on 01.01.2024 due to a loss of control and will now be accounted for as an associate.

D. Accounting policies

The Group has consistently applied the following accounting policies and measurement methods to all reporting periods presented in these consolidated financial statements, except if mentioned otherwise.

D.1 Property, plant and equipment

Property, plant and equipment are measured at cost less accumulated depreciation and any accumulated impairment losses.

The cost of acquisition comprises any costs directly attributable to bringing the asset to the location and condition necessary for it to be capable of operating in the manner intended by management.

Subsequent expenditure is capitalized only if it is probable that the future economic benefits associated with the expenditure will flow to the Group.

Whenever events or changes in market conditions indicate a risk of impairment of property, plant and equipment, management estimates the recoverable amount, which is determined as the higher of an asset's fair value less costs to sell and its value in use. The carrying amount is reduced to the recoverable amount and the impairment loss is recognized in profit or loss for the year. Impairment losses are reversed when there is any indication that a previously recognized impairment loss no longer exists or has decreased.

Gains and losses on asset disposals are recognized in profit or loss in 'Other operating expenses' or 'Other operating income'.

Depreciation on property, plant and equipment is calculated using the straight-line method to allocate their cost less residual value over their estimated useful lives:

	Useful lives in years
Laboratory Equipment	3-30
IT Equipment	1-4
Other Office Equipment	3-13

The residual value of an asset is the estimated amount that the Group would currently obtain from disposal of the asset less the estimated costs of disposal, if the asset were already of the age and in the condition expected at the end of its useful life. The assets' residual values and useful lives are reviewed, and adjusted if appropriate, at the end of each reporting period

D.2 Leases

Group as lessee:

At inception of a contract, the Group assesses whether a contract is, or contains, a lease. A contract is, or contains, a lease if the contract conveys the right to control the use of an identified asset for a period of time in exchange for consideration.

At commencement or on modification of a contract that contains a lease component, the Group allocates the consideration in the contract to each lease component based on its relative stand-alone prices. However, the Group has elected not to separate non-lease components and account for the lease and non-lease components as a single lease component.

The Group recognizes a right-of-use asset and a lease liability at the lease commencement date. The right-of-use asset is initially measured at cost, which comprises the initial amount of the lease liability adjusted for any lease payments made at or before the commencement date, plus any initial direct costs incurred and an estimate of costs to dismantle and remove the underlying asset or to restore the underlying asset or the site on which it is located, less any lease incentives received.

Right-of-use assets are subsequently depreciated over the shorter of the asset's useful life and the lease term on a straight-line basis.

In addition, the right-of-use asset is reduced by impairment losses, if any, and adjusted for certain remeasurements of the lease liability.

Lease liabilities are initially measured at the net present value of the following lease payments:

- fixed payments (including in-substance fixed payments), less any lease incentives receivable,
- variable lease payment that are based on an index or a rate, initially measured using the index or rate as at the commencement date (currently not applicable),
- amounts expected to be payable by the Group under residual value guarantees (currently not applicable),
- the exercise price of a purchase option if the Group is reasonably certain to exercise that option (currently not applicable), and
- payments of penalties for terminating the lease, if the lease term reflects the Group exercising that option (currently not applicable).

Lease payments to be made under reasonably certain extension options are also included in the measurement of the liability.

The lease payments are discounted using the interest rate implicit in the lease or, if that rate cannot be readily determined, the Group's incremental borrowing rate. Generally, the Group uses its incremental borrowing rate as the discount rate.

After the commencement date, the lease liability is measured by increasing the carrying amount to reflect interest on the lease liability and by reducing the carrying amount to reflect the lease payments made. The interest on the lease liability in each period during the lease term is the amount that produces a constant periodic rate of interest on the remaining balance of the lease liability and is recognized in profit and loss.

The lease liability is remeasured when there is a change in future lease payments arising from a change in an index or rate, if there is a change in the Group's estimate of the amount expected to be payable under

a residual value guarantee, if the Group changes its assessment of whether it will exercise a purchase, extension or termination option or if there is a revised in-substance fixed lease payment.

When the lease liability is remeasured in this way, a corresponding adjustment is made to the carrying amount of the right-of-use asset or is recognized in profit or loss if the carrying amount of the right-of-use asset has been reduced to zero.

Security deposits

Security deposits, made by the lessee and held by the lessor, are not part of the lease payments. However, if the security deposit is in the scope of IFRS 9, the difference between the initial carrying amount of the deposit, equivalent to its fair value, and the nominal value of the deposit, is an additional lease payment made by the lessee and is therefore included in the measurement of the right-of-use asset.

Short-term leases and leases of low-value assets

Payments associated with short-term leases and all leases of low-value assets are recognized on a straight-line basis as an expense in profit or loss. Short-term leases are leases with a lease term of 12 months or less. Low-value assets comprise assets with a value of less than 5.000 EUR.

Subleases:

Sub-leases are transactions in which the group is a lessee (or intermediate lessor) and grants a right to use the underlying asset to a third party, and the lease (or head lease) between the original lessor and the Group remains in effect. The Group applies IFRS 16 to all leases of right-of-use assets in a sub-lease and accounts for the head lease and the sub-lease as two different contracts, applying both the lessee and the lessor accounting requirements.

Group as lessor:

The group possess sublease agreements where it acts as a lessor.

In such cases, the group classifies each of its leases as either an operating lease or a finance lease. A lease is classified as a finance lease if it transfers substantially all the risks and rewards incidental to ownership of an underlying asset. A lease is classified as an operating lease if it does not transfer substantially all the risks and rewards incidental to ownership of an underlying asset. Whether a lease is a finance lease or an operating lease depends on the substance of the transaction rather than the form of the contract. Typically, the following situation leads to a sublease classified as a finance lease: the lease term is for the major part of the economic life of the underlying right-of-use asset.

Finance Leases

At the commencement date, the Group recognizes assets held under a finance lease in its statement of financial position and presents them as a receivable at an amount equal to the net investment in the lease. In the case of a sublease, the right-of-use asset relating to the head lease is derecognized, the net investment in the sub-lease is recognized, the difference is recognized in profit or loss and the recognition of lease liability relating to the head lease is continued.

To measure the net investment in a sublease, the Group uses the discount rate used for the head lease.

At the commencement date, the lease payments included in the measurement of the net investment in the lease typically comprise the following payments for the right to use the underlying asset during the lease term that are not received at the commencement date: fixed payments (including in-substance fixed payments), less any lease incentives payable.

Finance income is recognized over the lease term, based on a pattern reflecting a constant periodic rate of return on the lessor's net investment in the lease.

Operating Leases

Lease payments from operating leases are recognized as income on either a straight-line basis or another systematic basis.

D.3 Intangible assets

Acquired intangible assets are measured at cost less accumulated amortization and any accumulated impairment losses.

Development expenditure is capitalized only if the expenditure can be measured reliably, the product or process is technically and commercially feasible, future economic benefits are probable, and the Group intends to and has sufficient resources to complete development and to use or sell the asset. Otherwise, it is recognized in profit or loss as incurred. After initial recognition, development expenditure is measured at cost less accumulated amortization and any accumulated impairment losses. Currently, there are no internally developed intangible assets capitalized.

Subsequent expenditure is capitalized only when it increases the future economic benefits embodied in the specific asset to which it relates. All other expenditure, including expenditure on internally generated goodwill and brands, is recognized in profit or loss as incurred.

Intangible assets with finite useful lives (acquired website designs and trademark registrations) are generally amortized over their estimated useful life (between 3 and 10 years) using the straight-line method.

Acquired web domains are accounted for with the assumption of an infinite useful life.

Amortization methods, useful lives and residual values are reviewed at each reporting date and adjusted if appropriate.

An impairment loss is recognized in the amount by which the asset's carrying amount exceeds its recoverable amount. The recoverable amount of an asset is the higher of its fair value less costs to sell and its value in use.

D.4 Inventories

Inventories are measured at the lower of cost and net realizable value. The cost of inventory includes expenditure incurred in producing or acquiring the assets and costs incurred to bring the inventories to their present location and condition. The net realizable value is the estimated selling price in the ordinary course of business, less estimated costs of completion and the estimated costs necessary to make the sale.

D.5 Financial Instruments

Recognition and initial measurement

Trade receivables and debt securities issued are initially recognized when they are originated. All other financial assets and financial liabilities are initially recognized when the Group becomes a party to the contractual provisions of the instrument.

A financial asset (unless it is a trade receivable without a significant financing component) or financial liability is initially measured at fair value plus or minus, for an item not at fair value through profit or loss (FVTPL), transaction costs that are directly attributable to its acquisition or issue. A trade receivable without a significant financing component is initially measured at the transaction price. Embedded derivatives are separated from the host contract and accounted for separately if the host contract is not a financial asset and certain criteria are met.

Classification and subsequent measurement

a) Financial assets

On initial recognition, a financial asset is classified as measured at: amortized cost; fair value through other comprehensive income (FVOCI) – debt investment; FVOCI – equity investment; or FVTPL.

Financial assets are not reclassified subsequent to their initial recognition unless the Group changes its business model for managing financial assets, in which case all affected financial assets are reclassified on the first day of the first reporting period following the change in the business model.

A financial asset is measured at amortized cost if it meets both of the following conditions and is not designated as at FVTPL:

- it is held within a business model whose objective is to hold assets to collect contractual cash flows; and
- its contractual terms give rise on specified dates to cash flows that are solely payments of principal and interest on the principal amount outstanding.

A debt investment is measured at FVOCI if it meets both of the following conditions and is not designated as at FVTPL:

- it is held within a business model whose objective is achieved by both collecting contractual cash flows and selling financial assets; and
- its contractual terms give rise on specified dates to cash flows that are solely payments of principal and interest on the principal amount outstanding.

On initial recognition of an equity investment that is not held for trading, the Group may irrevocably elect to present subsequent changes in the investment's fair value in OCI. This election is made on an investment-by-investment basis.

All financial assets not classified as measured at amortized cost or FVOCI as described above are measured at FVTPL. This includes all derivative financial assets. On initial recognition, the Group may irrevocably designate a financial asset that otherwise meets the requirements to be measured at amortized cost or at FVOCI as at FVTPL if doing so eliminates or significantly reduces an accounting mismatch that would otherwise arise.

b) Financial assets – Subsequent measurement and gains and losses

Financial assets at FVTPL	These assets are subsequently measured at fair value. Net gains and losses, including any interest or dividend income, are recognized in profit or loss.
Financial assets at amortized cost	These assets are subsequently measured at amortized cost using the effective interest method. The amortized cost is reduced by impairment losses. Interest income, foreign exchange gains and losses and impairment are recognized in profit or loss. Any gain or loss on derecognition is recognized in profit or loss.
Debt investments at FVOCI	These assets are subsequently measured at fair value. Interest income calculated using the effective interest method, foreign exchange gains and losses and impairment are recognized in profit or loss. Other net gains and losses are recognized in OCI. On derecognition, gains and losses accumulated in OCI are reclassified to profit or loss.
Equity investments at FVOCI	These assets are subsequently measured at fair value. Dividends are recognized as income in profit or loss unless the dividend clearly represents a recovery of part of the cost of the investment. Other net gains and losses are recognized in OCI and are never reclassified to profit or loss.

c) Financial liabilities – Classification, subsequent measurement and gains and losses

Financial liabilities are classified as measured at amortized cost or FVTPL. A financial liability is classified as at FVTPL if it is classified as held-for-trading, it is a derivative, or it is designated as such on initial recognition. Financial liabilities at FVTPL are measured at fair value and net gains and losses, including any interest expense, are recognized in profit or loss. Other financial liabilities are subsequently measured at amortized cost using the effective interest method. Interest expense and foreign exchange gains and losses are recognized in profit or loss. Any gain or loss on derecognition is also recognized in profit or loss.

Derecognition

a) Financial assets

The Group derecognizes a financial asset when:

- the contractual rights to the cash flows from the financial asset expire; or
- it transfers the rights to receive the contractual cash flows in a transaction in which either:
 - substantially all the risks and rewards of ownership of the financial asset are transferred; or
 - the Group neither transfers nor retains substantially all the risks and rewards of ownership, and it does not retain control of the financial asset.

The Group enters into transactions whereby it transfers assets recognized in its statement of financial position but retains either all or substantially all the risks and rewards of the transferred assets. In these cases, the transferred assets are not derecognized.

b) Financial liabilities

The Group derecognizes a financial liability when its contractual obligations are discharged or cancelled or expire. The Group also derecognizes a financial liability when its terms are modified and the cash flows of the modified liability are substantially different, in which case a new financial liability based on the modified terms is recognized at fair value.

On derecognition of a financial liability, the difference between the carrying amount extinguished, and the consideration paid (including any non-cash assets transferred or liabilities assumed) is recognized in profit or loss.

Offsetting

Financial assets and financial liabilities are offset, and the net amount presented in the statement of financial position when, and only when, the Group currently has a legally enforceable right to set off the amounts, and it intends either to settle them on a net basis or to realize the asset and settle the liability simultaneously.

Impairment of financial assets

When determining whether the credit risk of a financial asset has increased significantly since initial recognition, the Group considers reasonable and supportable information that is relevant and available without undue cost or effort. This includes both quantitative and qualitative information and analysis, based on Group's historical experience and informed credit assessment, that includes forward-looking information.

Due to its short period of existence, the Group lacks the historical experience to allocate each exposure to a credit risk grade and to establish an allowance matrix to measure the expected credit loss of trade receivables from customer. Accordingly, loss rates are not calculated using a 'roll rate'-method based on the probability of a receivable progressing through successive stages of delinquency to write-off. Instead, a flat rate of 1% of all trade receivables at reporting date is recognized as a loss allowance.

At each reporting date, the Group assesses whether financial assets carried at amortized cost are credit-impaired. A financial asset is 'credit-impaired' when one or more events that have a detrimental impact on the estimated future cash flows of the financial asset have occurred.

Evidence that a financial asset is credit-impaired includes the following observable data:

- significant financial difficulty of the debtor,
- a breach of contract such as a default or being more than 90 days past due,
- the restructuring of a loan or advance by the Group on terms that the Group would not consider otherwise,
- it is probable that the debtor will enter bankruptcy or other financial reorganization, or
- the disappearance of an active market for security because of financial difficulties.

The Group monitors the credit risk on financial assets and recognizes loss allowances when needed.

The Group considers a default event to exist when a counterparty is unable to fulfil its contractual obligations in respect of a financial instrument. At this point, there is a probability of default of 100% and the contractual cash flows are no longer expected to be collected. In addition, the portfolio is written down, adjusted for possible collateral.

The carrying amount of the asset is reduced using an allowance account. The impairment loss is recognized in profit or loss. Where a similar risk structure exists, trade receivables are assessed for uncollectability on a portfolio basis. If, in a subsequent period, the amount of the impairment loss decreases and the decrease can be related objectively to an event occurring after the impairment was recognized, the previously recognized impairment loss is reversed. However, this reversal shall not result in a carrying amount of the financial asset at the date of the reversal that exceeds the amortized cost that would have been determined had no impairment loss been recognized. The reversal of the impairment loss is recognized in profit or loss.

For cash, the exemption for financial instruments with a low credit risk is utilized where possible as at the reporting date. A low credit risk is judged on the basis of country and debtor ratings and outlooks, among other information. The requirements for financial instruments with a low credit risk are considered to be satisfied for cash with at least one investment-grade rating (AAA to BBB- at Standard & Poor's), meaning that the credit risk does not need to be tracked for financial instruments with a low credit risk. For materiality reasons, the Group does not recognize impairment on cash.

D.6 Impairment of non-financial assets

At each reporting date, the Group assesses whether there is any indication that a non-financial asset may be impaired. If any such indication exists, then the asset's recoverable amount is estimated. Irrespective of whether there is any indication of impairment, intangible assets not yet available for use are tested for impairment annually.

For impairment testing, assets are grouped together into the smallest group of assets that generates cash inflows that are largely independent of the cash inflows of other assets or CGUs (cash-generating units).

The recoverable amount of an asset or CGU is the greater of its value in use and its fair value less costs to sell. The Company is primarily using the value in use to conduct the impairment testing. Value in use is based on the estimated future cash flows, discounted to their present value using a pre-tax discount rate that reflects current market assessments of the time value of money and the risks specific to the asset or CGU. The Group bases its estimation of the value in use on detailed budgets and forecast calculations which generally cover a period of five years. For longer periods, a long-term growth rate is calculated and applied to project future cash flows after the fifth year.

An impairment loss is recognized if the carrying amount of an asset or its CGU exceeds its estimated recoverable amount. Impairment losses are recognized in profit or loss. The carrying amount of the assets comprising CGU is reduced on a pro rata basis. If the impairment loss subsequently decreases or no longer exists, an impairment loss is reversed to the extent that the assets' carrying amounts does not exceed the carrying amount that would have been determined net of depreciation or amortization, if no impairment loss had been recognized.

D.7 Share capital

Ordinary shares and non-redeemable preference shares are classified as equity. Incremental costs directly attributable to the issue of new shares or options are shown in equity as a deduction, net of tax, from the proceeds. Any excess of the fair value of consideration received over the par value of shares issued is recorded as share premium in equity.

D.8 Compound financial instruments

Compound financial instruments issued by the Group comprise convertible notes denominated in euro and American dollars that may be converted to ordinary shares at the option of the holder or at the option of the issuer in case of an occurrence of a financing round or at maturity. Hereby, the number of shares to be issued is fixed and does not vary with changes in fair value.

The liability component of compound financial instruments is initially recognized at the fair value of a similar liability that does not have an equity conversion option. The equity component is initially recognized at the difference between the fair value of the compound financial instrument as a whole and the fair value of the liability component. Any directly attributable transaction costs are allocated to the liability and equity components in proportion to their initial carrying amounts.

After initial recognition, the liability component of a compound financial instrument is measured at amortized cost using the effective interest method. The equity component of a compound financial instrument is not remeasured.

Interest related to the financial liability is recognized in profit or loss. At conversion, the financial liability is reclassified to equity and no gain or loss is recognized.

D.9 Employee benefits

Short-term employee benefits

Short-term employee benefits are expensed as the related service is provided. A liability is recognized for the amount expected to be paid if the Group has a present legal or constructive obligation to pay this amount as a result of past service provided by the employee and the obligation can be estimated reliably.

Defined contribution plans

Obligations for contributions to defined contribution plans are expensed as the related service is provided.

D.10 Share based payment arrangements

The fair value of the amount payable to employees in respect of the Virtual Employee Stock Option Program (VESOP), which is settled in cash, is recognized as an expense with a corresponding increase in liabilities, over the period during which the employees become unconditionally entitled to payment. The liability is remeasured at each reporting date and at settlement date based on the fair value of the VESOP. Any changes in the liability are recognized in profit or loss.

The grant-date fair value of equity-settled share-based payment arrangements granted to non-employees is recognized as an expense, with a corresponding increase in equity, when the Group obtains the goods or as the services are received.

D.11 Provisions

Provisions are recognized if, as a result of a past event, the Group has a present legal or constructive obligation that can be estimated reliably, and it is probable that an outflow of economic benefits will be required to settle an obligation.

The amount recognized as a provision is the present value of the best estimate of the consideration required to settle the present obligation at the reporting date, considering the risks and uncertainties surrounding the obligation.

Where the Group expects a provision to be reimbursed, for example under an insurance contract, the reimbursement is recognized as a separate asset but only when the reimbursement is virtually certain. In profit or loss any reimbursement is not offset against the respective provision expense but presented on a gross basis within other operating income.

D.12 Revenue from contracts with customers

The Group generates revenue from selling pharmaceuticals, cosmetics and well-being products that contain cannabis or cannabidiol (CBD) to individual and business clients. Revenue is measured based on the consideration specified in a contract with a customer, net of returns and discounts or volume rebates, if applicable.

Nature and timing of satisfaction of performance obligations

The control over the products passes at the moment the customer obtains the goods. Invoices are generated at that point in time and include all discounts. Individual customers have a right to return purchased products within 30 days.

As the Group does not offer any kind of services to customers, there are no performance obligations that are satisfied over time.

Revenue recognition

The Group recognizes revenue when the control over the goods has been transferred to the customer. As the expected returns have not been material in any of the reported periods, the recognized revenue has not been adjusted for expected returns.

D.13 Income tax

Income tax expense comprises current tax. It is recognized in profit or loss except to the extent that it relates to a business combination, or items recognized directly in equity or in OCI. The Group has determined that interest and penalties related to income taxes do not meet the definition of income taxes, and therefore accounted for them under IAS 37 *Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets* and are recognized as general and administrative expense or financial income.

Uncertain tax treatments are accounted for under IFRIC 23. Hence, if there is uncertainty about an income tax treatment, Sanity considers whether it is probable that a tax authority will accept the tax treatment included or planned to be included in the tax filings. The probability resulting from the assessment determines whether the uncertainty has to be reflected in the measurement.

Current tax

Current tax comprises the expected tax payable or receivable on the taxable income or loss for the year and any adjustment to the tax payable or receivable in respect of previous years. The amount of current tax payable or receivable is the best estimate of the tax amount expected to be paid or received that reflects uncertainty related to income taxes, if any. It is measured using tax rates enacted or substantively enacted at the reporting date. Current tax also includes any tax arising from dividends and withholding taxes.

Current tax assets and liabilities are offset only if the criteria are met.

D.14 Fair value measurement

Fair value is the price that would be received to sell an asset or paid to transfer a liability in an orderly transaction between market participants at the measurement date. The fair value measurement is based on the presumption that the transaction to sell the asset or transfer the liability takes place either:

- In the principal market for the asset or liability, or
- In the absence of a principal market, in the most advantageous market for the asset or liability

The principal or the most advantageous market must be accessible by the Group. The fair value of an asset or a liability is measured using the assumptions that market participants would use when pricing the asset or liability, assuming that market participants act in their economic best interest.

In determining the fair value of an asset or a liability, the Group uses observable market data as far as possible. Fair values are categorized into three different levels in a fair value hierarchy based on the inputs used in the valuation techniques as follows:

- *Level 1*: quoted prices (unadjusted) in active markets for identical assets or liabilities.
- *Level 2*: inputs other than quoted prices included within Level 1 that are observable for the asset or liability, either directly (i.e. as prices) or indirectly (i.e. derived from prices).
- *Level 3*: inputs for the asset or liability that are not based on observable market data (unobservable inputs).

The fair values determined in the Group for measurement purposes (derivatives and loans) fall under Level 3 of the fair value hierarchy, because they are based on valuation techniques which include significant unobservable inputs.

D.15 Government grants

Grants that compensate the Group for expenses incurred are recognized in profit or loss as other income on a systematic basis in the periods in which the expenses are recognized, unless the conditions for receiving the grant are met after the related expenses have been recognized. In this case, the grant is recognized when it becomes receivable.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

